

# Frohe Weihnachten 2016

Schöne  
Bescherung



# Glück gehabt!

Österreich hat ihn endlich, den neuen Bundespräsidenten. Im dritten Anlauf hat es funktioniert. Glücklicherweise ist dem Land und der EU ein rechtsnationaler Hofer erspart geblieben. Wenn man sich allerdings die Zahlen mit denen der neue Präsident gewählt wurde vor Augen hält, dann muss festgehalten werden, dass fast die Hälfte der Österreicher rechtsnational gewählt hat. Also kein Grund für Demokraten, sich entspannt zurückzulegen und abzuwarten. Der Zersetzungsprozess demokratischer Strukturen ist zum größten Teil der Tatsache geschuldet, dass es einen nicht kleinen Teil der Bevölkerung gibt, der durch eine falsche angeblich „alternativlose“ Wirtschaftspolitik in die Arme von rechten Parteien getrieben wurde und damit zum offenen Bruch mit den etablierten demokratischen Parteien. Alternativlos das Unwort des Jahrhunderts?

## Renzi sagt „arrividerci“

Nichts ist passiert, als dass der italienische Regierungschef zurückgetreten ist. Die Probleme Italiens bleiben. Eine Staatsverschuldung von 2990 Milliarden Euro, das sind 130% vom Wert des Handels und der Dienstleistungen eines Jahres. Mafiöse Strukturen in große Teilen des produzierenden Gewerbes, 25% Jugendarbeitslosigkeit, Arbeitslosenquote 11,6 %, faule Kredite bei italienischen Banken in geschätzter Höhe von mehr als 300 Milliarden Euro. Der nächste Regierungschef wird die Probleme übernehmen und dann versuchen, sie zu lösen. Aber es ist fraglich, wie das funktionieren soll. Da es keine richtige Politik in der falschen gibt, sprich in der neoliberalen Ökonomie, wird es jeder Regierungschef Europas schwer haben, irgendetwas Positives gegen den wirtschaftlichen Niedergang zu tun. Ob Frankreich, Spanien, Griechenland oder Italien, alle diese Staaten leiden unter den ökonomischen Zwängen einer verfehlten Mainstreamökonomie. Und die USA werden unter Trump sicherlich nicht zu glühenden Anhängern einer anderen Ökonomie.

### Impressum

#### Herausgeber:

Joachim F. Gogoll für Attac-COE  
Redaktionsanschrift

#### Büro:

Detmolder Straße 9  
45896 Gelsenkirchen

#### E-Mail:

[info\(at\)joachim-gogoll.de](mailto:info(at)joachim-gogoll.de)  
[www.joachim-gogoll.de](http://www.joachim-gogoll.de)

# Atomausstieg ist rechtens

Also jetzt haben wir es schriftlich: der Atomausstieg ist rechtens, aber wir Steuerzahler müssen die Kraftwerksbetreiber entschädigen.

Ich verstehe das jetzt richtig: Entschädigung für den Ausstieg zahlt der Steuerzahler, von den Zwischen- und Endlagerkosten und Rückbau der Atomkraftwerke in Höhe von 170 Milliarden zahlt der Steuerzahler 129 Milliarden. Für 39 Milliarden haben die Konzerne Rücklagen gebildet. Allerdings hof-

fen die Konzerne, dass sie aus der Haftung genommen werden. Sie argumentieren, dass es unter Umständen zu finanziellen Schiefenlagen der Unternehmen kommen könnte und damit verbunden ein Abbau von tausenden von Arbeitsplätzen. Schäden, die aus Atomunfällen resultieren, zahlt bis auf 5 Milliarden auch der Steuerzahler. Irgendwie hat der Steuerzahler das Gefühl, auch hier wieder mal die A...karte gezogen zu haben.

## 123 Staaten stimmten für Atomwaffenverbot Der Sicherheitsrat konnte sie nicht einschüchtern

Auf der Generalversammlung der UN in New York geschah etwas Ungewöhnliches. Am 28. Oktober 2016 stimmten 123 Staaten für die Resolution L.41 über die Aufnahme von Verhandlungen innerhalb der UN über ein Verbot von Atomwaffen ab dem Jahr 2017. Bemerkenswert ist, dass diese atomwaffenfreien Staaten den Mut hatten, sich zum ersten Mal gegen die Atomwaffenstaaten und ihre Verbündeten zu stemmen. Wie zu erwarten war, stimmten 38 Staaten, darunter Russland, USA und die meisten Nato-Staaten dagegen und 16 enthielten sich der Stimme. Die Entscheidung der 123 Staaten, sich nicht von vorneherein dem Druck der Atomwaffenländer zu beugen war eine Premiere. Den meisten Bürgern unbekannt, hat die „Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen - ICAN“ mit daran gearbeitet, dass es eine breite zivilgesellschaftliche Unterstützung gibt. Schaut man sich die jüngsten Spannungen zwischen der NATO und Russland und deren Rhetorik hinsichtlich möglicher kriegerischer Aktionen inklusive möglicher Einsätze von Atomwaf-

fen an, so haben die 128 Staaten ein imposantes Zeichen der Hoffnung auf ein Verbot von Atomwaffen gesetzt, auch wenn der Druck kurz vor der Abstimmung in der UN von Seiten des UN-Sicherheitsrates auf diese „rebellischen“ Atomwaffengegner ungeheuer groß war. Die



Bundesrepublik Deutschland hat auch hier mal wieder kein Ruhmesblatt verdient, stimmte sie doch gegen diesen Antrag auf Abschaffung dieser Massenvernichtungswaffen. Offensichtlich ist die deutsche Rüstungslobby zu stark. Übrigens: Deutschland ist der drittgrößte Rüstungsexporteur (keine Atomwaffen) weltweit. Ich finde, wir haben die Pflicht das ganze dringend zu ändern. -imgo-



**Kommentar**  
von  
**Joachim F. Gogoll**  
[www.joachim-gogoll.de](http://www.joachim-gogoll.de)

Jetzt gilt es, Farbe zu bekennen

Das war vielleicht ein Jahr. So etwas kannte ich von früher nicht. Ich schaltete die Nachrichten ein und dann gings los: Syrien, Irak, Türkei, Trump, Flüchtlingskrise, Rassismus, AfD, Versuch der EU, die Freihandelsverträge einfach durchzudrücken, Brexit, Erstarren der nationalistischen Strömungen in den einzelnen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Union und und und.... Gegen Dummheit, Borniertheit und Rassismus kämpfen? Wo anfangen??? Tatenlos sit-



zen bleiben? Nein, das bin ich nicht. Also aufstehen und kämpfen. Nicht tolerieren, denn das wäre ein Fehler. Obwohl ich die Zeit des aufkeimenden Nationalismus und Faschismus nur aus den Geschichtsbüchern kenne, denke ich, dass sich so oder so ähnlich viele kritische Geister am Ende der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts gefühlt haben müssen, als die Nazis in Deutschland ihr Unwesen trieben. Jetzt heißt es aufpassen, dass so etwas nicht wieder vorkommt. Ich habe keine Lust, dem Rechtspopulismus auch nur irgendeinen kleinsten Raum zu überlassen. Nein meine Damen und Herren, mit intellektuellem Hochmut gegenüber den tumben Nationalisten der AfD, des Front National, der niederländischen Wilders Partei, der ungarischen Jobbik, der polnischen Pis-Partei ist es nicht getan. Wir müssen die völlig frustrierten Wähler dieser Rechtspopulisten wieder zurückholen. Dafür ist es allerdings dringend notwendig, dass sich Politik grundsätzlich ändert. Alle Parteien in der Mitte? Das funktioniert nicht und ist auch historisch nicht möglich. Wir Demokraten müssen dafür sorgen, dass die Ökonomie sich wieder um den Menschen als Zentrum kümmert und nicht nur um den Profit von wenigen. Wirtschaft muss wieder verlässlich zeigen, dass sie vor allen Dingen dazu dient, den Menschen eine menschenwürdige Existenzgrundlage zu schaffen. Nur wenn es gelingt, den Bürgern Zuversicht zu vermitteln, dann haben rechtsnationale Stammtischstrategen keine Chance. Worauf warten wir noch?